

BUND - Stellungnahme

Stand: 29. April 2015

1. In der internationalen Klimaschutzdiskussion ist man sich weitgehend in dem Ziel einig, dass zumindest in den Industrieländern, also auch Deutschland, bis 2050 eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 80%–95% erreicht werden müsste. Stimmen Sie dieser Aussage zu?

Der BUND hält eine Reduktion der Emissionen in Industrieländern um mindestens 95% bis 2050 für notwendig. Zusätzlich werden Unterstützung der Industrieländer für Länder, die Klimaschutz aus eigener Kraft nicht leisten können, notwendig sein.
2. Für wie hoch schätzen Sie den Anteil ein, den ein überarbeiteter, also tatsächlich funktionierender Europäischer Emissionshandel, zu dem Ziel beisteuern wird, dass in den EU-Ländern ab 2050 nahezu frei von CO₂-Emissionen gewirtschaftet und gelebt, zumindest aber eine 80–90%ige Emissionsminderung erreicht wird?

Die Wirkung hängt sehr von der weiteren politischen Ausgestaltung ab. Bekanntlich umfasst er ja nur die Sektoren Industrie und Strom, also rd. 50% der Emissionen.
3. Was halten Sie von dem Vorschlag einer generellen Zahlungsverpflichtung (CO₂-Steuer) für die Nutzung von mit CO₂-Emission verbundenen Energieträgern, Produkten oder Dienstleistungen, wobei Teilnehmer am Emissionshandel ihre dort zu leistenden Zahlungen mit der CO₂-Steuer verrechnen könnten? (Vorausgesetzt sei dabei, dass eine solche Zahlungsverpflichtung sozial verträglich umgesetzt wird.)

Der BUND spricht sich nicht exakt für ein Konzept aus, wie sie es in der Frage beschreiben. Wir sind allerdings dafür, Energie auch über Steuern und Abgaben zu verteuern. So hat sich der BUND bspw. immer für die Ökosteuer stark gemacht, deren Fortentwicklung wir befürworten würden.
4. Falls Sie von einer CO₂-Abgabe auch für jene (bisher) etwa 50 % der CO₂-Emittenten nichts halten, die nicht von den Regelungen des Europäischen Emissionshandels betroffen sind: Über welchen Weg wäre dann außerhalb des Emissionshandels Ihrer Ansicht nach eine Energienutzung zu 100 % aus erneuerbaren Quellen bis 2050 erreichbar?

Wir brauchen eine weitere Stützung der Bürgerenergie. Fast die Hälfte der Erneuerbaren Energieträger sind in Bürgerhand. Die Energiewende wird von Bürgerinnen und Bürgern getragen und vorangetrieben. Die EEG-Reform bremst diese Dynamik ab! Das ist fatal und muss rückgängig gemacht werden. Wenn der Emissionshandel nicht massiv reformiert wird, dann muss der Staat ordnungsrechtlich den Ausstieg aus der Kohleverstromung einleiten.
5. Wenn Sie bei den Verhandlungen zum neuen Weltklimavertrag in Paris Mandatsträger wären, für welche Verhandlungsziele würden Sie sich einsetzen?

Verbindliche Klimaschutzziele für alle Länder. Eine gerechte Aufteilung der Emissionsreduktionen auf alle Länder anhand der folgenden Faktoren: Gleichverteilung der Emissionsberechtigungen pro Kopf, historische Verantwortung für den Klimawandel, Armut oder Reichtum und Entwicklungsbedürfnisse eines Landes. Verbindliche finanzielle Unterstützung für die Länder, die aus eigener Kraft keinen Klimaschutz leisten können und sich dem Klimawandel anpassen müssen bzw durch die Folgen des Klimawandels Schäden und Verluste erleiden. Alle Ziele müssen darauf hinauslaufen, dass die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad begrenzt wird.

Kontakt und weitere Informationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)

Bundesgeschäftsstelle

Antje von Broock

Team Klima&Energie

Am Kölnischen Park 1

10179 Berlin

Tel. (0 30) 2 75 86-434

antje.vonbroock@bund.net

www.bund.net